

2961/J XX.GP

der Abg.Mag.Trattner Ing.Meischberger und Kollegen  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend Atomtransporte durch Tirol bzw. Österreich  
Laut eines Artikels in der Tiroler Tageszeitung vom Donnerstag, den  
07.08.1997 lösten die wenige Tage vorher durchgeführten  
Atomtransporte per LKW durch Tirol bei Ihnen Herr Bundesminister,  
einen politischen Nachdenkprozeß aus.  
Gegenüber der Tiroler Tageszeitung kritisierten Sie die Zahl der seit  
1993 durchgeführten Urantransporte (14!) und stellten deren  
Notwendigkeit in Frage.

Als ersten Schritt kündigten Sie eine genaue Überprüfung aller  
Gefahrguttransporte an. Des weiteren ließen Sie laut Ankündigung  
auch die derzeitige Rechtslage analysieren ob denn Österreich  
überhaupt verpflichtet sei solche Transporte durchfahren zu lassen.  
Aber auch die Kompetenzzersplitterung innerhalb der Bundesregierung  
wollten Sie beseitigt wissen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn  
Bundesminister für Inneres folgende  
Anfrage

- 1, Wie stehen Sie als Bundesminister für Inneres grundsätzlich zu  
solchen Atomtransporten per LKW durch Tirol bzw. Österreich ?
2. Stellen derartige Atomtransporte Ihrer Meinung nach nicht ein  
gravierendes Risiko für die Bevölkerung entlang der betroffenen  
Transitrouten dar ?
- 3, Wie hoch schätzen Sie die Kosten für die heimische Volkswirtschaft  
bei einem etwaigen, aber niemals auszuschließenden Strahlungsunfall ?
4. Wer bzw. welche Stelle würde einen derartigen Schadensfall decken

5. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß derartige Atomtransporte zukünftig nur mehr per Bahn in Spezialcontainern abgewickelt werden ?
6. Wird bei derartigen Sondertransporten in Zukunft darauf geachtet, die jeweilige Katastrophenschutzabteilung des betroffenen Bundeslandes rechtzeitig zu informieren, damit diese im Ernstfall raschest Hilfe leisten kann ?
7. Welche rechtlichen Gegenmaßnahmen können Sie als ressortzuständiges Regierungsmitglied setzen, um solche Sondertransporte per LKW zu verbieten, auch entgegen den Bestimmungen der EU-Verbringungsverordnung ?
8. Widerspricht diese EU-Verbringungsverordnung nicht dem, von der Bundesregierung anlässlich der EU-Beitrittsabstimmung abgegebenen Versprechen, Österreich werde nicht mit der Atomenergie oder deren Abfallprodukten in Berührung kommen, wenn es die Bevölkerung nicht wolle ?
9. Haben schon Gespräche auf internationaler Ebene mit Ihren benachbarten Ressortkollegen stattgefunden, um hinkünftig gemeinsam derartige Atomtransporte per LKW verhindern zu können ?
  - a. Wenn ja, welche Ergebnisse können Sie der österreichischen Bevölkerung präsentieren ?
  - b. Wenn nein, werden Sie solche Gespräche in absehbarer Zukunft führen
10. Wie weit sind Ihre Bemühungen gediehen, das nationale Atomtransportgesetz zu verschärfen , um ein de facto-Verbot solcher Transporte zu erreichen ?
11. Wie weit sind ihre Bemühungen gediehen, zusammen mit dem Verkehrsminister eine Kompetenzbereinigung vorzunehmen ?